Bezugspreis im Dezember durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gasstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670
Berliner Redaktion. Paul Fr. Oßegen Berlin SW 68. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Dateneide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe 76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig 15 Pfg. für konfl. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 40 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Samstag, den 31. Dezember 1927 — Nummer 1353

Ein übler politischer Silvesterscherz.

s **Berlin**, 30. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Während man sich bisher in einem Teile der Berliner Presse nur mit dem Termin der Neuwahlen beschäftigte, geht die Nachtausgabe des „Tag" heute noch ein Stück weiter und glaubt schon, „auf Grund recht lebhafter Gerüchte in parlamentarischen Kreisen, Pläne für die kommende große Koalition" verzeichnen zu können, und zwar glaubt das Blatt die noch sensationellere Tatsache mitteilen zu müssen, daß „unter dem starken Druck der angeblich außenpolitischen Argumente und in dem Wunsche der gemäßigten Elemente der sozialdemokratischen Fraktion, auf den radikalen Flügel Einfluß zu gewinnen, man offenbar in führenden sozialdemokratischen Kreisen glaube, die Bildung einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien ohne Neuwahlen eher erreichen zu können, als nach Neuwahlen." Es sei auch in parlamentarischen Kreisen sehr aufgefallen, daß die sozialdemokratische Presse in der letzten Zeit zwar den Kampf für die Neuwahlen stark gefördert, gleichzeitig aber doch immer habe durchblicken lassen, daß die sozialdemokratische Partei als solche vorläufig kein Interesse an Neuwahlen habe.

„Im Zeichen solcher Erwägungen", so fährt das Blatt fort, „spielt sich nun augenblicklich in sehr vorsichtigen und vorläufig rein persönlichen Vorverhandlungen zwischen Reichstags-Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten eine Intrige zugunsten der großen Koalition nach Wiederbeginn der Reichstags-Verhandlungen und nach der Krisis der jetzigen Koalitionsparteien über das Reichsschulgesetz ab. Man ist zwar in rechtsstehenden parlamentarischen Kreisen geneigt, diese Intrige nur von der komischen Seite zu nehmen, aber nicht etwa wegen des Grundgedankens, sondern wegen der Abgeordneten, die daran beteiligt sind."

Ja, das Hugenberg-Blatt, vielmehr sein parlamentarischer Mitarbeiter, der ja stets das politische Gras wachsen hört, kennt schon die kommenden Kandidaten dieser neuen Regierung der großen Koalition: „Nach sicheren Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen," schreibt das Blatt, „hat ausgerechnet der neu bestätigte Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, der Abg. v. Guérard, — natürlich ohne vorherige Beschlußfassung der Zentrumsfraktion — in unverbindlicher Form mit den Sozialdemokraten und Demokraten Fühlung über die Bildung eines Kabinetts der großen Koalition unter seiner Kanzlerschaft genommen. Man nennt in den beteiligten Kreisen als weitere Mitglieder eines solchen Kabinetts den früheren Reichsfinanzminister Hermes als Ernährungsminister und gleichzeitig als Vertreter des rechten Flügels des Zentrums, und den sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren württembergischen Minister Keil als Reichsfinanzminister. Weiter soll die Sozialdemokratie das Reichsinnenministerium und das Reichsarbeitsministerium besetzen, während das Reichsverkehrsministerium, das Reichswehrministerium und das Reichsjustizministerium zwischen Demokraten, Bayerischer Volkspartei, und, falls sie sich anschließen, der Wirtschaftspartei aufgeteilt werden sollen."

Soweit der „gut unterrichtete parlamentarische Mitarbeiter" der Nachtausgabe des „Tag", der glücklicherweise das Dementi seiner sensationellen Enthüllungen voraussieht und unter der Betonung, daß „Marx nicht unterrichtet ist und auch Dr. Stresemann und Dr. Curtius nicht ohne weiteres mitmachen, und auch von diesen Plänen nichts wissen", als moderne politische Pythia weiter weissagt: „Natürlich würden der Reichskanzler Marx und der von den Sozialdemokraten offenbar fallengelassene Arbeitsminister Dr. Brauns sowie auch die Bayerische Volkspartei, im Ernstfalle erfolgreich Widerstand leisten." Aber er geht sogar noch weiter und gab selbst schon ein Dementi seiner Silvester-Phantasien — denn nur als solche können sie bezeichnet werden, — indem er seine Enthüllungen und Weisagungen mit den Worten schließt: „Deshalb brauchen sich die maßgebenden Parteiinstanzen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten nicht die Mühe machen, diese kleinen Intrigen etwa zur Beruhigung der Deutschnationalen zu dementieren." Das ist bei diesem politischen Unfug auch gar nicht notwendig, denn abgesehen davon, daß der „nicht maßgebende" Marx, der ja auch Parteiinstanz ist, sich nicht dementieren kann, hat ihm der politische Hellseher der Berliner Nachtausgabe schon aus der Verlegenheit geholfen, durch den allbekannten Berliner Witz: „Ik dementiere mir selbst!". Unter den Berliner Parlamentsjournalisten gilt schon lange ein geflügeltes Wort, das da lautet: „Wenn die Nachtausgabe etwas behauptet oder schreibt, ist sicher das Gegenteil davon der Fall." Wenn je, so hat sich dieses Wort heute bewahrheitet. Aber ganz abgesehen davon kann man die Gewissenlosigkeit dieser Veröffentlichungen nicht genug brandmarken, daß wiederum versucht wird, in politisch ruhiger Zeit Unruhe ins Volk und in die Parteien zu tragen. Wie sehr obige Mitteilungen und Ausführungen der Nachtausgabe einem sensationslüsternen Hirn entspringen, erkennt man am besten daraus, daß der Abgeordnete von Guérard zurzeit gar nicht in Berlin weilt, nicht einmal in seinem Heimatsort Koblenz, sondern in Ahaus.

Antworten der Reichsregierung

odz **Berlin**, 30. Dez. (Tel) Dem Reichstag ist jetzt eine Übersicht zugegangen, die die Antworten der Reichsregierung auf Entschließungen des Reichstags bringt. Es handelt sich dabei u. a. um Reichstagsbeschlüsse, die nahezu schon zwei Jahre zurückliegen. Auf die Forderung des Reichstags, daß eine Denkschrift über das Schicksal der Kolonien unter der Mandatsverwaltung vorgelegt werden soll, wird erklärt, daß die Reichsregierung sich ihre Stellungnahme weiter vorbehalten müsse. Auf Wünsche, die an die Reichsbahngesellschaft gerichtet sind, wird entgegnet, daß die Reichsregierung mit Nachdruck den Standpunkt vertrete, daß bei an sich unvermeidlichen Maßnahmen zur Rationalisierung den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der betroffenen Bezirke Rechnung zu tragen sei. Diesen Wünschen der Reichsregierung ist die Reichsbahngesellschaft nach Möglichkeit nachgekommen. Weiter wird mitgeteilt, daß die den bedürftigen, über 65 Jahre alten ehemaligen Rhein- und Ruhrausgewiesenen aus Reichsmitteln gewährten Beschaffungsdarlehen bereits sämtlich niedergeschlagen sind. Auf die Forderung des Reichstags, sechs Stellen für landwirtschaftliche Sachverständige im Auslande baldigst zu besetzen, wird erwidert, daß solche Sachverständige für Rußland, Italien, Polen und die südeuropäischen Staaten, Finnland und die nordischen Staaten gestellt worden sind. Die Bestellung je eines weiteren Sachverständigen für Nordamerika und Südamerika wird nächstens erfolgen. Ferner wird zur Kenntnis gegeben, daß eine Vorlage zur Abänderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes aufgestellt ist. Die Verhandlungen über den Entwurf sind aber noch nicht abgeschlossen. Das gleiche gilt von den Verhandlungen über die Forderung eines Gesetzentwurfes, der für alle Deutschen anstelle der Staatsangehörigkeit eine deutsche Reichsangehörigkeit setzt. Eine Denkschrift über die Entwicklung der Volksgesundheit im besetzten Gebiet für die Jahre 1919/26 wird vorbereitet. Auf eine Reichstagsentschließung wird erklärt, daß es zutreffend ist, daß die alliierten Hauptmächte von der Befugnis, eine Beschränkung der Zahl für die Herstellung des Bedarfs der Reichswehr an Kriegsgerät zugelassenen Fabriken zu fordern, in einer Weise Gebrauch gemacht haben, die zu einem Monopol zugunsten einiger weniger Fabriken geführt hat. Die Reichsregierung teilt die Bedenken gegen dieses System, das eine erhebliche Verteuerung der Produktion zur Folge hat. Weiter wird zur Kenntnis gebracht, daß dem Wunsche des Reichstags, bei der Ausgestaltung des Luftverkehrsprogramms den Verkehr in großen Verkehrslinien zusammen zu fassen, im Jahre 1927 weitgehend Rechnung getragen worden ist. Eine weitergehende Einstellung von Großflugzeugen und eine Verdichtung des Verkehrs stößt zur Zeit noch auf erhebliche Schwierigkeiten, da große mehrmotorige Flugzeuge im Betrieb bedeutend teurer seien, als die kleinen einmotorigen Apparate. — Die Vorlagen über den weiteren Ausbau des Mittellandkanals, des Ihle- und Plauenerkanals, des Oder-Spree-Kanals, der Neckarkanalisierung und der Main-Donau-Wasserstraße seien in Arbeit und würden dem Reichstag mit möglichster Beschleunigung zugehen. Die Frage einer reichsgesetzlichen Regelung des Berufsschulwesens sei noch nicht reif zu erneuter Behandlung mit den Ländern.

Die Untersuchung der Kriegsschuldfrage.

Das Resultat einer Rundfrage.

b **Berlin**, 30. Dez. (Tel.) In den beiden letzten Jahren hat sich eine norwegische Kommission von Gelehrten des Völkerrechts eingehend mit dem Kriegsschuldproblem befaßt, und zwar in Form einer Rundfrage an Professoren des Völkerrechts in fünf neutralen Ländern. Das Resultat dieser neuen Art der Kriegsschuldforschung wird jetzt bekannt. Es wird in diesen Tagen in Oslo in Form eines über 400 Seiten starken Werkes erscheinen. Das Werk nennt sich „Neutrale Komitees und Gelehrte über die Kriegsschuld." Antworten auf zwei Fragen des Senators Robert L. Owen, U. S. A., herausgegeben von der neutralen Kommission Norwegens zur Untersuchung der Kriegsschuld. Oslo 1927."

Senator Robert L. Owen, der bekannte amerikanische Friedensfreund, sandte am 4. Dezember 1925 an den Sekretär der Kommission ein Schreiben, in dem er um Beantwortung folgender Fragen bat:

1. Gründen sich die Friedensverträge, die den Weltkrieg abschlossen, in ihren wichtigen Punkten auf die Voraussetzung, daß eine Machtgruppe die alleinige Verantwortung für den Krieg trägt, während die andere Gruppe gar keine solche Verantwortung hat?

2. Wenn das der Fall ist, stimmt diese Voraussetzung mit den jetzt vorliegenden Tatsachen derart überein, daß das Gewissen der Menschheit die Friedensverträge ruhig hinnehmen darf, als eine gerechte Bestrafung der für den Krieg einzig Verantwortlichen?

Auf die beiden Fragen haben holländische, schweizer, schwedische, finnländische und die bereits erwähnten norwegischen Gelehrten geantwortet. Frage 1. wird von sämtlichen Gelehrten bejaht. Bei Frage 2 vertreten alle in mehr oder minder ausführlicher Form im wesentlichen den Standpunkt, daß die durch die Friedensverträge erzwungene Entscheidung im Widerspruch zu allen Rechtsprinzipien steht, die in der zivilisierten Welt anerkannt sind.

Ein Neujahrs-Interview Briands.

+ **London**, 30. Dez. (Tel) Der französische Außenminister Briand gewährte dem Pariser Vertreter der „British United Preß" ein Interview, in dem er sich sehr hoffnungsvoll hinsichtlich der forschreitenden Friedensversicherung im Jahre 1928 aussprach. In erster Linie hofft Briand, daß das neue Jahr den Abschluß eines französisch-amerikanischen Paktes bringen werde, der jede Kriegsmöglichkeit zwischen beiden Ländern endgültig beseitigen würde. Der Abschluß dieses Paktes wäre nach Briands Ansicht das bedeutendste Instrument, das bisher zur Sicherung des Friedens abgeschlossen worden sei. Eine Ausdehnung des Paktes auf andere Nationen sei durchaus möglich. Was das abgelaufene Jahr anlange, so habe es eine weitere Vermiderung der Spanne gebracht, die die verschiedenen Kontinente, insbesondere Europa und die neue Welt, von einander trenne. Der Fortschritt in der geistigen Annäherung der Völker Amerikas und Frankreichs sei so groß, daß die Hoffnung berechtigt erscheine, daß es nicht mehr lange dauern würde, bis ein Freundschaftspakt zwischen beiden Völkern abgeschlossen werden könne. Auf die Fragen übergehend, die den Frieden im Jahre 1927 bedroht hätten, oder doch bedrohen hätten können, betont der französische Außenminister, daß China, der Konflikt zwischen Litauen und Polen, und die Spannung zwischen Frankreich und Italien herbei im Vordergrunde gestanden hätten. Im Verlaufe des Jahres 1927 hätten verschiedene Probleme, die zum Teil recht alt seien, ein Stadium erreicht, in dem sie dringend einer Lösung bedurft hätten, bezw. noch bedürften. Die Schwierigkeiten im fernen Osten, die die ganze Zivilisation zu zerstören in der Lage hätten sein können, hätten einer Entwicklung Platz gemacht, die im Endeffekt sicherlich pazifistisch sei. Im Norden Europas habe sich der Verständigungsgeist in einem Konflikt bewährt, der nahezu unlösbar geschienen habe. Überall gäre es sonnige Regionen, die allerdings hin und wieder durch einzelne Wolken verdüstert würden. Die Atmosphäre sei aber im ganzen wesentlich besser. Er vertraue, daß das neue Jahr eine weitere Entwicklung des internationalen Geistes und eine Verbesserung der Methoden der Schiedsgerichtsbarkeit und der Organisation des Friedens bringen werde.

Der Wunsch Danzigs nach Wiedervereinigung mit Deutschland

w **Paris**, 30. Dez. (Tel.) Der Berichterstatter des „Soir", der eine Reise nach Danzig unternommen hat, gibt heute in seinem Blatt eine Unterredung mit einem ungenannten Danziger Bürger wieder, der u. a. nach einem Hinweis auf die 96 Prozent deutscher Bevölkerung Danzigs erklärte: Wenn man die Danziger Bevölkerung in Versailles gemäß den Grundsätzen Wilsons gefragt hätte, so würde sie weiteres Verbleiben Danzigs bei Deutschland gefordert haben. Um den Absichten Coolidges zu dienen, hat man über Danzig ohne die Zustimmung der Bevölkerung verfügt. Danzig wird sich niemals darin schicken, eine polnische Kolonie zu werden. Der Wunsch der Danziger Bevölkerung ist der Wiederanschluß an Deutschland.

Amerikanische Kriegsschuldenprognose.

tu **Paris**, 30. Dez. (Tel.) Wie aus Chicago gemeldet wird, stellte Professor Bogaro, eine bekannte Persönlichkeit in Wirtschaftsfragen, gelegentlich einer Versammlung der wirtschaftlichen Vereinigungen Amerikas die Behauptung auf, daß vor Ablauf der nächsten zehn Jahre an eine Revision der Kriegsschulden nicht zu denken sei. Bogaro ist ferner der Auffassung, daß sich die Vereinigten Staaten mit der Annullierung sämtlicher Schulden im Jahre 1937 einverstanden erklären werden. Hierzu werde die amerikanische Regierung durch die Tatsache veranlaßt werden, daß die Bezahlung der Schulden infolge der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Situation in Europa für Amerika nicht die Bedeutung habe, wie ursprünglich angenommen worden sei.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft im Jahre 1927.

w **Berlin**, 30. Dez. (Tel.) Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zeigt der Gütervertehr des Jahres 1927 das erfreuliche Bild eines Fortschrittes in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Die Wagengestellung übertraf durchweg die Leistungen des Vorjahres und war auch höher, als die auf das heutige Gebiet des Deutschen Reiches zurückgeführte Wagengestellung des Vorkriegsjahres 1913. Die Anforderungen an den Güterwagenpark konnten im großen und ganzen rechtzeitig befriedigt werden. Die Schaffung durchgehender Güterzugverbindungen dehnt sich auch über die Grenze des Reichsbahnnetzes aus. Die im November 1927 stattgefundene internationale Güterzugfahrplan-Konferenz in Budapest, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft beauftragt, ein europäisches Guterkursbuch herauszugeben, das erstmalig im Mai 1928 erscheinen wird.

Die Verwendung des Kraftwagens für die Beförderung von Personen und Gütern hat im letzten Jahre weiter zugenommen. Die Zahl der Kraftwagenlinien ist vermehrt worden. Seit dem 1. Oktober 1927 ist der Flugeisenbahnverkehr eingerichtet, der von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und von der Deutschen Luftansa A.-G. gemeinsam bedient wird.

Der Personenverkehr im Jahre 1927 ist hinsichtlich der Einnahmen und der Zahl der beförderten Personen und der Personenkilometer stärker gewesen als 1926. Die Einnahmen werden voraussichtlich um etwa 4 v. H., die Zahl der beförderten Personen und der Personenkilometer um etwa 7 v. H. über denen des Jahres 1926 liegen. Besonders erfreulich ist die Abnahme der Gesamtzahl der verunglückten Personen. Sie bleibt nach den bisherigen Aufzeichnungen um etwa 250 gegen die des Vorjahres zurück, und entspricht, an den Zugleistungen gemessen, zum ersten Male seit Kriegsbeginn fast dem Stande von 1913.

Die Finanzen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft haben sich während des Geschäftsjahres 1927 im allgemeinen günstig entwickelt. Der Abschluß des Jahres 1926 zeigt die Auswirkungen der Verkehrsbelebung, die im Güterverkehr in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1926 eingesetzt hat. Es betrugen die Betriebseinnahmen 4540,8 Millionen RM. Die Betriebsausgaben 3680.6 Millionen RM. Das Geschäftsjahr 1927 fiel mit seinen ersten 8 Monaten in das dritte Reparationsjahr. In diesem betrug die Gesamtjahresbelastung für den Dienst der Reparations-Schuldverschreibungen 550 Millionen Reichsmark. Sie steigt mit dem Beginn des 4. Reparationsjahres (1. Sept. 1927) auf 660 Millionen RM. Neben der Reparationszahlung war auch die Beförderungssteuer an den Reparationsagenten abzuführen. Der vom Gesetz vorgesehene Gesamtbetrag dieser Abführung für das dritte Reparationsjahr mit 290 Millionen GM ist erreicht worden. Im 4. Reparationsjahr sind gleichfalls 290 Millionen GM. an den Reparations-Agenten abzuführen.

Das Gesamtpersonal ist im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahre im Durchschnitt um etwa 4000 Köpfe auf etwa 703 000 Köpfe gesunken.

Die Wohnungsnot im besetzten Gebiet.

Keine fühlbare Erleichterung des Wohnungsmarktes im französisch-besetzten Gebiet durch die letze Besatzungsverminderung.

tu **Koblenz**, 30. Dez. (Tel.) Am 31. Dezember läuft die Frist ab, in der die einzelnen Länderregierungen Listen über die infolge des letzten Besatzungsabbaues freigewordenen Wohnungen einreichen sollten. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ergeben diese Feststellungen schon jetzt folgendes Bild: Im belgisch-besetzten Gebiet, aus dem rund 1000 Besatzungstruppen zurückgezogen sind, sind 90 Wohnungen frei geworden. Im englisch-besetzten Gebiet, bei der gleichen Anzahl ebenfalls 90 Wohnungen, im französisch besetzten Gebiet dagegen, aus dem 8000 Mann zurückgezogen worden sind. 160 Wohnungen. Dieses groteske Mißverhältnis läßt bedeutsame Schlüsse auf die Rechnungsart der Franzosen bei dem Abbau ihrer Besatzungstruppen zu. Der Sinn des Besatzungsabbaues war nach den Locarno-Abmachungen der, daß im besetzten Gebiet eine fühlbare Erleichterung eintreten sollte. Es ist aber selbstverständlich, daß die Räumung von 160 Wohnungen im Verhältnis zu 8000 Mann keineswegs als eine fühlbare Erleichterung, zumal des Wohnungsmarktes, angesehen werden kann.

Keine Änderung der deutsch polnischen Verhandlungssituation.

‡ **Berlin**, 30. Dez. Ein Berliner Morgenblatt berichtete, daß der aus Warschau zurückgekehrte deutsche Verhandlungs-Delegierte, Minister a. D. Hermes, den Wunsch Polens nach Berlin überbracht habe die Handelsvertrags-Verhandlungen nicht, wie vorgesehen, auf einen Vorvertrag, sondern bereits auf einen endgültigen Vertrag abzustellen. An zuständiger Berliner Stelle wird demgegenüber erklärt, daß in der Verhandlungssituation keinerlei Änderung eingetreten sei und die Verhandlungen noch wie vor zunächst den Abschluß eines Vorvertrages zum Ziele hätten.

Vor der Stillegung des Hüttenwerkes „Rote Erde".

+ **Aachen**, 30. Dez. Bei den Stillegungsverhandlungen, die am Donnerstag unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten stattgefunden haben, haben sich keinerlei Gesichtspunkte ergeben, die einen Abbruch des Hüttenwerkes „Rote Erde" verhüten konnten, so daß es wahrscheinlich zum Abbruch des Werkes kommen wird.

Hagenau lehnt blau-weiß-rot als Stadtfarben ab.

+ **Paris**, 30. Dez. Der Gemeinderat von Hagenau im Elsaß hat sich mit 13 gegen 12 Stimmen gegen die Wiedereinführung der alten Stadtfarben, die mit den französischen Landesfarben blau-weiß-rot übereinstimmten, ausgesprochen. Ein elsässischer Großkaufmann hat darauf ein Schreiben an den Gemeinderat gerichtet, in dem er mitteilt, daß er wegen der französenfeindlichen Haltung des Gemeinderats alle geschäftlichen Beziehungen mit den Kaufleuten in Hagenau abbrechen werde.

Die österreichische Wiederaufbau-Anleihe.

+ **Berlin**, 30. Dez. (Tel) Wie die Abendblätter aus Washington melden, hat das Staatsdepartement die Erwägungen über die Genehmigung der 100 Millionen Dollar betragenden Wiederaufbau-Anleihe für Österreich aufgenommen. Von der Anleihesumme sollen 60 Millionen in den Vereinigten Staaten aufgelegt werden, falls für die 25 Millionen Dollar, die Amerika an Österreich unmittelbar nach dem Waffenstillstand als Anleihe gewährte, das Prioritätsrecht zugestanden wird. Man ist geneigt, diese neue Anleihe zu genehmigen. Wie in Washington verlautet, sind die übrigen Gläubigernationen Österreichs nicht gewillt, einem solchen Vorschlag zuzustimmen.

Mellon kandidiert nicht.

b **Berlin**, 30. Dez. Einer Abendblattmeldung aus Washington zufolge wiederholte Schatzsekretär Mellon, daß er kein Präsidentschaftskandidat sei und daß er auch keiner sein wolle.

Argentinien — eine neue Großmacht!

Die Rangerhöhung der argentinischen Gesandten. — Nur 10 Millionen Einwohner, aber fünfmal so groß wie Deutschland. — 120 000 deutsche Einwanderer. — 81 774 Bände, das großzügige Geschenk eines argentinischen Gelehrten.

Der bevorstehende Besuch des argentinischen Außenministers, die beabsichtigte Umwandlung der Berliner argentinischen Gesandtschaft in eine Botschaft und die Schenkung des Professors Quesada, durch die die größte südamerikanische Bibliothek an den preußischen Staat fällt, stellen Argentinien in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Unser Mitarbeiter hatte Gelegenheit, mit der argentinischen Gesandtschaft und dem Vorstand der Preußischen Staatsbibliothek über die Bedeutung dieser Ereignisse zu sprechen.

Mit einem Schlag ist Argentinien zur Großmacht geworden. Ein Land, das nur 10 Millionen Einwohner hat, also ungefähr ebenso viel wie Bayern und Württemberg zusammen, aber weniger als Abessinien, und nur den vierundvierzigsten Teil der Einwohnerzahl Chinas, ein Staat, der kaum über mehr militärische Machtmittel als das Reich der Mitte verfügt, hat es dennoch geschafft, Großmacht zu werden. Denn nur den anerkannt mächtigen Staaten steht es zu, Botschafter zu ernennen, während sich kleinere Länder mit Gesandten begnügen müssen. Bei allen diplomatischen Empfängen haben Botschafter den Vorrang, und das ist bei der Eitelkeit, die im diplomatischen Verkehr nun einmal herrscht, eine wichtige Sache. Vor einigen Monaten sind nun die argentinischen Gesandtschaften in Rom und in Paris in Botschaften umgewandelt worden, und es ist trotz der Zurückhaltung, die die Berliner argentinische Vertretung und das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit beobachten, zu erwarten, daß auch in Deutschland Argentinien bald eine Botschaft haben wird. Es ist auch bekannt geworden, daß Argentinien, um sich wirklich ganz als Großmacht fühlen zu können, gern statt des deutschen Gesandten in Zukunft einen deutschen Botschafter in Buenos Aires sehen würde, eine Umwandlung, die über die Kompetenz des Auswärtigen Amtes hinausgeht und nur vom Reichstag bewilligt werden kann, da dem Deutschen Reich dadurch größere Ausgaben erwachsen würden.

Die argentinische Regierung scheint noch mehr als andere Kleinstaaten darauf bedacht zu sein, in den Augen der Welt und vor allen Dingen vor den bewundernden Blicken des eigenen Volkes, machtvoll dazustehen. Man wird sich noch entsinnen, daß Argentinien vor einigen Jahren aus dem Völkerbund austrat, weil ihm die Großmächte nicht genügend entgegen kamen. Da es nun von der internationalen Diplomatie in der letzten Zeit ein wenig hofiert wird, hat man auch schon inoffiziell erfahren, daß bald wieder ein argentinischer Vertreter in Genf erscheinen soll. Früher oder später wird der aufstrebende südamerikanische Staat ja doch als Großmacht anerkannt werden müssen; denn mit seinen rund drei Millionen Quadratkilometer Land, in dem außerordentliche Bodenschätze schlummern, ist es der Fläche nach fünfmal so groß wie Deutschland und wird in wenigen Jahrzehnten zweifellos auch eine Einwohnerzahl haben, die es zu einer bedeutenden Macht umwandelt. Argentinien hat noch im Jahre 1860 nur 1,2 Millionen Einwohner gehabt, hat also inzwischen seine Einwohnerzahl verachtfacht.

In den letzten Jahren ist auch Argentiniens weltwirtschaftliche Bedeutung sehr gestiegen; seine Erzeugung von Weizen hat sich seit 1913 verdoppelt, und für seine industrielle Entwicklung ist es kennzeichnend, daß sich die Einfuhr von Steinkohle in dieser Zeit verfünffacht hat. Ein erheblicher Teil dieses Aufstieges ist auf die ständige Einwanderung zurückzuführen; die Einwanderer brachten Kenntnisse mit, die den Bewohnern des unentwickelten Landes fehlten, und sie knüpften auch Beziehungen zu ihren Heimatländern an, die der argentinischen Wirtschaft dann zugute kamen. Der Außenhandel ist besonders stark mit den Vereinigten Staaten und mit England, aber auch Deutschland hat große wirtschaftliche Interessen in Argentinien.

Man schätzt, daß etwa 120 000 Deutsche und Argentinier deutscher Abkunft in diesem südamerikanischen Staat leben. Es gibt in Argentinien eine große Zahl deutscher Schulen und auch einige deutsche Zeitungen, unter denen die „La Plata Zeitung", das „Argentinische Tageblatt" und die „Argentinische Sonntagszeitung" besonders erwähnenswert sind. In einigen Gebieten findet man auch geschlossene deutsche Siedlungen, die sich eine große Anhänglichkeit an die Heimat bewahrt haben und im Kriege ebenso wie in der Zeit danach, ihren Verwandten in Deutschland mit Geld und Lebensmitteln geholfen haben. Trotz diesem erheblichen deutschen Einschlag konnte sich aber bisher die deutsche Kultur nur verhältnismäßig wenig in Argentinien durchsetzen, denn das spanisch-sprechende Volk hat ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl mit allen Nationen der lateinischen Rasse; es ist charakteristisch, daß vor einigen Jahren der 12. Oktober, der Tag, an dem Columbus Amerika entdeckt hat, von dem damaligen Präsidenten Hipolito Irigoyen als „dia de la raza", „Tag der Rasse", zum Nationalfeiertag ernannt worden ist. Die vornehmen argentinischen Familien schicken ihre Söhne mit Vorliebe an die Pariser Universität, nicht nach Newyork, London oder Berlin, weil sie glauben, daß das französische Volk ihnen der Kultur und Rasse nach näher steht, als die germanischen Nationen.

Doch gibt es eine Anzahl argentinischer Studenten auch in Berlin, und es würde natürlich die kulturelle Annäherung bedeutend stärken, wenn die deutschen Universitäten in Zukunft häufiger von argentinischen Studenten aufgesucht würden. Es hat sich herausgestellt, daß kulturelle Annäherung der beste Wegbereiter für die Anknüpfung enger Wirtschaftsbeziehungen ist. Ingenieure, die ihre Ausbildung in deutschen Instituten erhalten haben, werden später auch als Leiter argentinischer Bergwerke oder Direktoren südamerikanischer Fabriken ihre Maschinen mit Vorliebe in Deutschland kaufen. Es war daher ein glücklicher Gedanke, entsprechend dem China-Institut in Frankfurt a. M., dem Japan-Institut und dem Amerika-Institut in Berlin, nun auch ein deutsches Südamerika-Institut zu schaffen, dessen Grundstock die großzügige Schenkung des Professors Quesada bilden soll. Diese berühmte Bibliothek, die soeben dem preußischen Staat geschenkt worden ist und schon in wenigen Wochen hier entreten dürfte, zählt 71 774 Bände. Sie wurde von Vincente G. Quesada um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gegründet und dann von seinem Sohn, Professor Dr. Ernesto Quesada, übernommmen und ausgebaut. Ernesto Quesada ist in Deutschland nicht unbekannt, da er in Dresden das Gymnasium besucht hat; auch ist seine zweite Frau eine Deutsche, und zwar die jüngste Tochter des Düsseldorfer Malers Heinrich Deiters. Frau Quesada ist unter ihrem Schriftstellernamen L. Nießen-Deiters aus ihrer langjährigen Mitarbeiterschaft am „Münsterischen Anzeiger" bekannt. Der Gründer der Bibliothek war Diplomat und hat sein Augenmerk besonders auf politische und soziologische Schriften gelenkt. Sein Sohn Ernesto beschäftigte sich ebenfalls viel mit Soziologie; war er doch Professor der Soziologie an der Universität in Buenos Aires. Er war aber auch mehrere Jahrzehnte Richter und später argentinischer Generalstaatsanwalt, hat daher eine große juristische Bücherssammlung, die der vergleichenden Rechtswissenschaft in Deutschland sehr zustatten kommen wird.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß man in manchen argentinischen Kreisen über die Schenkung des Professors Quesada nicht entzückt ist. Man hätte es lieber gesehen, wenn die umfangreiche und äußerst wertvolle Bibliothek dem argentinischen Staat erhalten geblieben wäre. Schließlich ist Buenos

eines Weltstadt mit 1¾ Millionen Einwohnern, die das Geld für ein neues wissenschaftliches Institut ebenfalls aufgebracht hätten. Aber die argentinische Wissenschaft ist noch nicht sehr hoch entwickelt, und da Bücher verhältnismäßig schnell ihren Wert verlieren, soweit es sich nicht um seltene Antiquitäten handelt, konnte man nicht gut darauf warten, daß sich die Argentinier vielleicht in einem halben Jahrhundert zur Verwertung des großen Bücherschatzes geeignet erweisen würden. Die freundschaftliche Handlung des Professors Quesada ist also um so höher zu schätzen, da der Stifter auf das absprechende Urteil eines großen Teiles seiner Landsleute von vornherein rechnen kann. Deutschland, das auch sonst in Argentinien große politische Sympathien genießt, wird aus der Schenkung nur Nutzen ziehen und in ganz Südamerika Anerkennung finden, weil es durch sein neues Südamerika-Institut den kulturellen Interessen dieses großen Kontinents entgegenkommt. +

Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes.

Ein in der Schulfrage führender Reichstags-Abgeordneter gibt im amtlichen Organ des Katholischen Lehrer-Verbandes „Pädagogische Post", einen Gesamtüberblick über die Lage des Reichsschulgesetzentwurfes in den Verhandlungen des Bildungs-Ausschusses des Reichstages. In diesen Ausführungen wird das Kampffeld klar umrissen und die Haltung der streitenden Kräfte zum Reichsschulgesetz eingehend dargelegt. Der betreffende Abgeordnete der Zentrumspartei sagt hierüber:

Der frühere Staatssekretär, der sozialdemokratische Abgeordnete Heinrich Schulz, hat im Jahre 1926 ein Buch geschrieben, das den Titel trägt: „Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes". Er schildert darin das Scheitern aller Versuche, den Art. 146.2, in der Gesetzgebung zu regeln. Inzwischen ist der Entwurf des Ministers von Keudell im Oktober ds. Js. im Plenum des Reichstages verhandelt und dann dem Bildungsausschuß zur Behandlung überwiesen worden. Fast will es scheinen, als sollte dadurch der Leidensweg des Reichsschulgesetzes um eine neue Strecke verlängert und das Schulzsche Buch um ein weiteres Kapitel vermehrt worden. Seit zwei Monaten hat sich der Bildungsausschuß in mehr als 30 Sitzungen mit dem Entwurf beschäftigt. Die Hoffnung, man werde noch vor den Weihnachtsferien die 20 Paragraphen des Entwurfes in erster Lesung durcharbeiten können, ist gescheitert. Von den 20 Paragraphen sind nur 14 erledigt worden. Dann hat sich der Ausschuß bis zum 11. Januar 1928 vertagt. Es bleiben also noch die schwierigen Paragraphen über den Religionsunterricht, besonders § 16 und der § 20 über die Berücksichtigung der Simultanschulländer. Auch die Kostenfrage harrt noch ihrer Lösung. Darauf wird die zweite Lesung vorzunehmen sein, in und alle Unebenheiten und Fehlbeschlüsse in Ordnung gebracht und die einzelnen Paragraphen auch äußerlich in Form und Zusammenhang gebracht werden, die das Gesetzbuch voraussichtlich erhalten soll. Die Beratungen werden also wahrscheinlich bis in den März hinein dauern, — wenn dem Entwurf nicht schon vorher auf seinem Leidensweg ein „Unfall" passiert.

Die Ursachen für das langsame Fortschreiten der Arbeiten liegen auf der Hand. Die Bestimmungen der Weimarer Verfassung über die bekenntnis- oder weltanschauungsgemäße Gestaltung der Schule sind so unklar und vieldeutig, daß eine Einigung über den Sinn des Artikels 146 schwer zu erzielen ist. Die Oppositionsparteien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten), haben natürlich keine Eile mit der Fertigstellung eines Gesetzes der „Reichsregierung". Zwar muß gerechterweise gesagt werden, daß die Verhandlungen im großen und ganzen durchaus sachlich geführt, und längere Obstruktionsreden nur von den Kommunisten gehalten werden. Die Vertreter dieser Partei stellen auch in der Regel die Vertagungsanträge. Als Gegner des heutigen Staates und der heutigen Verfassung, auch der heutigen Schule, können sie programmäßig dem Entwurf nur schärfsten Widerstand entgegensetzen. Die Sozialdemokraten möchten das Geschäft wohl schaffen, aber nur in ihrem Sinne. Da der von Keudellsche Entwurf ihren Wünschen natürlich nicht entgegenkommt, versuchen sie durch ausgedehnte Debatte zu überzeugen oder wenigstens zu verhindern. Die Demokraten besinnen sich auf eine loyale Opposition, um es mit ihrer liberalen Schwesterpartei, der Deutschen Volkspartei, nicht ganz zu verderben. Die Gegner des Entwurfes behaupten freilich, die Schuld an dem langsamen Voranschreiten der Ausschuß-Verhandlungen liege nur bei der Regierung und den Regierungsparteien. Es fehle an richtiger Führung, an Zielklarheit und Entschiedenheit im Fortschreiten. Man kann ihnen nicht ganz unrecht geben: die Schuld liegt, wie immer, auf beiden Seiten. Die Führung durch das Reichsministerium des Innern könnte in ihrer Geschicklichkeit um eine ganze Reihe von Graden erhöht, die Einigkeit der Regierungsparteien müßte sogar in ihren Grundlagen bedeutend verbreitert und vertieft werden. Die inneren Gegensätze der Regierungsparteien untereinander (nur Zentrum und Bayrische Volkspartei gehen einträchtig Hand in Hand), erschweren den Fortgang der Verhandlungen fast täglich. Nach den vierstündigen Ausschußverhandlungen sind dann im Laufe des Tages noch mehrstündige Sondersitzungen der Regierungsparteien erforderlich, um die Gegensätze auszugleichen und etwaige Anträge vorzubereiten. Wenn es schon schwer ist, in einem solchen Gesetze die Unterschiede zwischen protestantischer und katholischer Auffassung zu überbrücken, so erscheint es fast unmöglich, die noch viel größeren und zahlreicheren Gegensätze zwischen den einzelnen Richtungen innerhalb des Protestantismus unter einen Generalnenner zu bringen. Rechnet man dazu noch die Rücksichtnahme auf die verschiedenen „Weltanschauungen", „Freikirchen" usw., bedenkt man, daß allen diesen immerhin noch christlichen Richtungen ein zunehmendes Heer von Atheisten, Dissidenten, Freigeistern usw. gegenübersteht, so gewinnt man ein schwaches Bild von der weltanschaulichen Zerrissenheit unseres armen deutschen Volkes. Diese Zerrissenheit ist der tiefste Grund des Schulkampfes überhaupt und die schweren Kämpfe in Ausschuß- und Parteisitzungen im besonderen. Er schuldet auch zuletzt den Schneckengang der Ausschußverhandlungen und gefährdet dazu noch das Ergebnis der ganzen Arbeit. Schwierigkeiten macht insbesondere die Deutsche Volkspartei, die im Laufe der Zeit nach der Staatsumwälzung mehr und mehr von ihrer Rechtsrichtung zum Liberalismus zurückgekehrt ist und heute sich bemüht, die nationalliberalen Taten der Kulturkampfzeit fortzusetzen, wenn nicht noch zu übertreffen. So bildet der Widerstreit zwischen orthodoxem und liberalem Protestantismus die innerste Triebfeder zu gegensätzigem Ringen um die Gestaltung der Schule. Während der kirchliche Protestantismus die Bekenntnisschule erstrebt, versucht der liberale die Gemeinschaftsschule in christlichem Gewande in erster Linie zu fördern. Zwar findet die Deutsche Volkspartei auch tönende Worte für die Bekenntnisschule. Aber ihr eigentliches Geisteskind bleibt doch die Simultanschule. So kommt es, daß innerhalb der Regierungsparteien der Kampf um die konfessionelle Schule von Katholiken und den positiv gläubigen Protestanten gegen die Vorherrschaft der vom Liberalismus erfüllten Simultanschule eine Schwierigkeit nach der anderen bereitet. Nicht immer gelingt die Ausgleichung der Ansichten als Grundlage für einheitliche Beschlüsse. Wiederholt ist daher die Deutsche Volkspartei, die im Ausschuß mit ihren drei Stimmen den Ausschlag nach rechts oder links geben kann, aus der Front der Regierungsparteien ausgebrochen, um mit der Linken eine Mehrheit gegen Zentrum und Deutschnationale zu bilden. Die Linke hat nicht unrecht, wenn sie die Schuld der Verschleppung der Verhandlungen angesichts der offenbaren Uneinigkeit der Regierungsparteien auf diese abzuwälzen versucht.

An den Ausschußverhandlungen beteiligen sich sehr zahlreich die Vertreter der einzelnen Länder, ein Beweis für die Wichtigkeit, welche dem Gesetz von dieser Seite aus beigemessen wird. Es muß leider konstatiert werden, daß die Vertreter einer entschiedenen Linksrichtung viel energischer auftreten, als die Vertreter der christlichen Schule, so daß auch die Abgeordneten der Parteien, welche die Bekenntnisschule in erster Linie fordern, an diesen Ländervertretern nur wenig Unterstützung finden, oft sogar genötigt sind, auch gegen diese in Opposition das Wort zu nehmen. Eine gemäßigte Richtung nehmen die Vertreter der preußischen Regierung ein. Ihnen steht sowohl eine lange Erfahrung auf dem Schulverwaltungsgebiet zur Seite, als auch das Bestreben, ausgleichend zu wirken, wie das die innere Struktur Preußens in religiöser Hinsicht schon Jahrhundertelang forderte. Insbesondere haben sie dem Ausschuß reiches schulstatistisches Material zur Verfügung gestellt, das die Orientierung über die verschiedenen Fragen bedeutend erleichtert, insbesondere nachdem auch Ministerialrat Löffler dieses schulstatistische Material durch Berichte über die anderen deutschen Länder vorzüglich ergänzt hat. Weil edoch die Ländervertreter die Einstellung ihrer Regierung als Richtschnur für ihre Darlegungen verwenden müssen, muß man sich nicht wundern, wenn auch aus den Ausführungen der preußischen Vertreter im Bildungsausschuß im Unterton die Vorliebe für die Gemeinschaftsschule und die Sympathie für die weltliche Schule durchklingt.

Aus aller Welt.

Die belgische Heeres-Reorganisation.

= **Brüssel**, 29. Dez. Die vom Ministerium für nationale Verteidigung ernannte Kommission zum Studium der militärischen Reorganisation Belgiens trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In der Eröffnungsrede führte De Brocqueville aus, daß die belgische Militärfrage durch folgende Tatsachen bedingt sei: 1. Durch die in unmittelbarer Nähe der Grenzen liegenden Industrie-Unternehmungen und 2. durch die mangels Truppenformationen und Material unverteidigten und einer Invasion offenliegenden Grenzen. Der Präsident der Kommission wies darauf hin, daß bei allen Lösungsvorschlägen in erster Linie die Sicherheit des Landes zu berücksichtigen sei. Eine Verminderung der Dienstpflicht komme nicht in Frage, falls dies für die Verteidigung des Landes von Nachteil sei. In der nächsten Sitzung wird der Generalstabschef eine Erklärung über die gegenwärtige Stärke der belgischen Armee abgeben. Die Kommission hofft, ihre Arbeiten noch vor Ostern zu beenden.

Aus dem Entwurf des neuen Parteiprogramms der französischen Sozialisten.

w **Paris**, 29. Dez. Der von der Revolutionskommission des außerordentlichen sozialistischen Parteitages aufgestellte Arbeitsplan, an Hand dessen ein Sonderausschuß das Parteiprogramm ausarbeiten soll, sieht u. a. vor: Fortfall des Senates und sofortige Beschränkung seiner Befugnisse, Gleichstellung beider Geschlechter, wirtschaftliche Reorganisation mit Preiskontrolle, Kontrolle der Banken und Kartelle, Aufteilung des Bodens, Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen, Übernahme der Monopole in staatlichen Betrieb, Militärreform, Regelung des Problems der Besetzung von Rheinland und Saargebiet, sowie des Problems der Sonderverträge.

Austritt Snowdens aus der unabhängigen Arbeiterpartei.

♂ **London** 29. Dez. (Tel) Der ehemalige Schatzkanzler der Arbeiterregierung, Philipp Snowden, ist aus der unabhängigen Arbeiterpartei, der er 34 Jahre als Mitglied angehörte, ausgetreten. Der Austritt Snowdens kommt an sich nicht überraschend, da Snowden seit langem nicht mehr mit den allgemeinen Richtlinien der unabhängigen Arbeiterpartei und insbesondere deren finanzpolitischem Programm übereinstimmt. In einem Schreiben an den Finanzsekretär der Partei erklärt Snowden, daß die Partei, ihren ursprünglichen Zweck erfüllt habe und ihre weitere Existenz weder nötig noch überhaupt nützlich sei. Die Arbeiterpartei verfolge in viel weitergehendem Maße die Ziele, zu deren Durchsetzung die unabhängige Arbeiterpartei gegründet worden sei. Im Hauptquartier der unabhängigen Partei hat diese Erklärung Snowdens peinliche Überraschung hervorgerufen. Der Vorsitzende und andere maßgebende Persönlichkeiten betonen zwar, daß Snowdens Austritt nicht überraschend komme und seit langem erwartet worden sei. Die Ankündigung einer offiziellen Entgegnung auf Snowdens Brief zeigt aber deutlich, daß man sich der schweren Schädigung durch Snowdens Austritt durchaus bewußt ist.

Friedensbotschaft Italiens an die Türkei.

b **Berlin**, 30. Dez. (Tel) Wie ein Berliner Blatt aus Rom meldet, veröffentlicht die dortige Presse eine Botschaft der italienischen Regierung an die Türkei, in der mit auffallender Wärme alle Gerüchte über italienische Absichten auf anatolisches Gebiet dementiert werden.

König Ferdinand von Rumänien absichtlich falsch behandelt?

tu **Berlin**, 30. Dez. (Tel) Einer Meldung der „Information" aus Bukarest zufolge, erhebt der Bukarester Arzt Dr. Jonescu gegen den behandelnden Arzt des verstorbenen Königs Ferdinand, Juvara, die sensationelle Anschuldigung, daß dieser den König bewußt unrichtig behandelt habe. Sämtliche Operationen habe Juvara anfangs ohne Hinzuziehung anderer Ärzte ausgeführt. Erst später habe er andere Ärzte an das Krankenlager des Königs gerufen. Aber da sei der Körper des Königs bereits vollkommen infiziert gewesen. Infolgedessen sei Dr. Juvara für das Ableben des Königs verantwortlich.

Revolte in einer Militärstrafanstalt auf Corsika.

⊕ **Paris**, 30. Dez. In einer Militärstrafanstalt auf Corsika ist aus bisher noch unbekannter Ursache eine Revolte ausgebrochen. 45 Militärsträflinge haben sich in einem Flügel der Anstalt verbarrikadiert. Sie drohen jeden zu erschießen, der sich ihnen nähert. Ein großes Gendarmerieaufgebot und eine 50 Mann starke Abteilung des 173. Infanterie-Regiments belagern die Aufständischen.

Ausnahmezustand in Schanghai.

tu **Peking**, 30. Dez. (Tel) In Schanghai ist der Ausnahmezustand erklärt worden. In der Nähe der früheren russischen Konzession sind gestern zwei Polizisten erschossen worden.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 31. Dezember.

⊙ **Jahresschlußandacht.** Am heutigen Silvesterabend wird im Hohen Dom um 8 Uhr eine feierliche Jahresschlußandacht mit Predigt gehalten werden. Der Domchor wird die Feier mit seinen Gesängen verschönern, der sakramentale Segen und das Te Deum wird sie abschließen.

„Gesundheits-Inventur".

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung geschrieben:

Der menschliche Körper ist vielfach mit einem Warenhaus verglichen worden, dessen einzelne Abteilungen bestimmte Artikel beherbergen bzw. produzieren. Während aber der sorgsame Kaufmann mindestens am Jahresende, bisweilen aber, und nicht zu seinem Schaden, zweimal oder mehrmals im Jahre eine Inventur anstellt, d. h. die Bestände seines Lagers zu überprüfen, Fehlendes zu ergänzen und Schadhaftes abzustoßen pflegt, hat sich eine Inventur im „Warenhaus Mensch" bisher leider noch wenig eingebürgert. Und doch wäre sie beim industriellen Unternehmen für die Gesundheits- und Leistungsfähigkeit des Ganzen von allergrößter Bedeutung. Unzählige große und kleine Schädlichkeiten stürmen alltäglich auf unsere Gesundheit ein und, wenn sie auch glücklicherweise nur selten zu Erkrankungen des einen oder anderen Organes führen, so hinterlassen sie doch oft Spuren und Eindrücke, die dem Auge des Arztes nicht entgehen. Hier rechtzeitig für Hilfe sorgen, heißt kostbare Werte erhalten. Wie oft ist z. B. ein nicht beachteter Husten das erste äußere Zeichen eines, durch genauere ärztliche Untersuchung bereits feststellbaren, und dann sicher der Heilung fähigen Lungenspitzenkatarrhs bzw. einer beginnenden Tuberkulose. Wie oft verbergen sich hinter gelegentlich auftretenden Magen- und Unterleibsbeschwerden ernste, manchmal sogar Krebserkrankungen, die im Anfangsstadium, mit den Mitteln der modernen ärztlichen Kunst rechtzeitig erkannt, durchaus heilbar sind, denen aber der gehetzte Großstadtmensch oder der nicht genügend aufgeklärte Landbewohner nicht die gebührende Beachtung schenkt! Das alles ließe sich in einfacher Weise verhüten, wenn wir uns daran gewöhnen wollten, gleich dem Kaufmann, alljährlich mindestens einmal eine Körper-Inventur durch den Arzt vornehmen zu lassen. Gelegentlich hierzu könnte z. B. der Jahreswechsel oder, wie von ärztlicher Seite vorgeschlagen wurde, der Geburtstag des Einzelnen geben. Hat doch, von diesem Gesichtspunkt geleitet, in neuester Zeit schon eine ganze Anzahl von Lebensversicherungsgesellschaften derartige, alljährlich stattfindende, kostenfreie ärztliche Gesundheitsuntersuchungen und Beratungen für ihre Versicherten gewährt — Vielleicht ließe sich Ähnliches für die minderbemittelte Bevölkerung auch durch die Krankenkassen bewerkstelligen.

Auf jeden Fall sollte jeder, dem seine Gesundheit lieb ist, mindestens einmal im Jahre durch den Arzt seines Vertrauens eine solche Gesundheits-Inventur vornehmen und für schleunige Ausbesserung etwaiger gesundheitlicher Schäden sorgen lassen; denn „Zu spät erfährt man es zumeist, der beste Arzt Vorbeugen heißt!"

Weihnachtsfeiern.

Weihnachtsfeier in der „Herberge zur Heimat". Manchem Bürger von Münster, der am 24. Dezember um die Mittagsstunden die Wolbecker Straße begehen mußte, werden größere Trupps von Menschen aufgefallen sein, die geschlossen in eiligem Tempo der Sternstraße zustrebten und sämtlich in der Herberge zur Heimat verschwanden. Unwillkürlich wurde einem die Frage aufgedrängt: „Was geht dort vor?" Würde man einen von ihnen um Auskunft gebeten haben, so hätte man sicherlich zur Antwort bekommen: „Was, das wissen Sie nicht, morgen ist doch die Weihnachtsfeier für uns". Und so kam es, daß dem Hausvater der Herberge 144 Mann von verschiedenen Wanderarbeitsstätten gemeldet wurden, die auch alle prompt eintrafen. Da die Raumverhältnisse es nicht ermöglichten, sah sich der Hausvater leider gezwungen, einige kleinere Trupps nach Hamm, Unna und Dülmen wieder weiter zu leiten, denn es wäre selbst bei der größten Einschränkung nicht möglich gewesen, sämtliche Leute aufzunehmen. Viele, die sich vorher wochen- und tagelang auf diese Feier hier in Münster freuten, sah man mit traurigen Blicken wieder abreisen; ihr schönster Traum wurde ihnen zunichte gemacht. Die hier gebliebenen Leute sahen gespannt dem nächsten Morgen entgegen und eine Erleichterung war es für viele, als mit ernster Miene der „Vize" seinen Weckruf durch die Schlafsäle ertönen ließ. So schnell wurde sich an keinem Morgen noch angezogen, jeder einzelne hatte das Bestreben, möglichst einer von den Ersten im Tagesraum zu sein. Fleißige Hände hatten vorher den Tagesraum zu einer gemeinsamen Kaffeetafel mit reichlichem Frühstück hergerichtet. Harmoniumspiel und Gesang tönten den Eintretenden entgegen, und als alles versammelt war, wurde unter Leitung des Hausvaters die Morgenandacht abgehalten. Dann kam das Frühstück. Als dies beendet war, setzte man sich in Gruppen zusammen und unterhielt sich mit Spielen, die das Weihnachtskind der Herberge schenkte. Mittags gabs reichlich zu essen. Nach dem Kaffee begann die eigentliche Feier, die unter Leitung des Pastors Schütz und des Hausvaters Schnase stand. Sie wurde eingeleitet mit dem gemeinsamen Lied: „Vom Himmel hoch . . ." Der Bläserchor, Verein christlicher junger Männer, stellte die Begleitung. Es folgten dann Gedichte, vorgetragen von jungen Damen und die Ansprache des Pastors Schütz. Musikstücke und Aufführungen wechselten ab. Herr Heine trug eine ergreifende Rezitation betitelt das „Försterhaus" vor. Schließlich folgte die Bescherung, die sehr reichlich ausfiel. Am zweiten Feiertage gab es ebenfalls morgens Kuchen und Kaffee sowie ein kräftiges Mittagessen. Alles in allem war es eine sehr schöne, mit viel Liebe vorbereitete Weihnachtsfeier. Dank, herzlicher Dank sei jedem ausgesprochen, der in Rat und Tat zu dem Gelingen dieser Feier beitrug und den Heimatlosen eine Heimat bot. Dank sei besonders dem Hausvater und der Hausmutter, die in übermenschlichen Anstrengungen die Arbeit zu bewältigen wußten und den Insassen es so angenehm machten. Dank allen Spendern, die ihnen durch Geschenke eine große Freude bereitet und Ersatz für die verlorene Heimat gegeben haben.

© **Weihnachten bei den Wander-Obdachlosen.** Die Stadt Münster bereitete, wie im Vorjahre, am Vorabend vor Weihnachten den Wanderobdachlosen eine kleine Weihnachtsfeier. Etwa 60 Obdachlose erhielten zunächst ein schmackhaftes Abendessen. Alsdann wurden sie in den Saal des Arbeitsnachweises geführt, in dem ein Christbaum in hellem Lichtschimmer erstrahlte. Es wurden ihnen kleine Gaben verabfolgt. Kaplan Friedrichs hielt eine herzliche Ansprache und wies auf die Erhabenheit des Weihnachtsfestes hin, während der Kinderchor des Paderborner Vereins zur Verschönerung der Feier durch frohe Weihnachtslieder beitrug. Zum Schluß der Feier dankte Stadtamtmann Iserloh an Stelle des durch Krankheit verhinderten Stadtrats Kohlschein der Stadt Münster für die schöne Feier, die auch bei den Obdachlosen süße Erinnerungen weckte und in ihren Herzen den Zauber des Weihnachtsfestes wachrief.

Aus der Provinz Westfalen.

○ **Telgte**, 30. Dez (Die nächste Mütterberatung) findet Donnerstag, den 5. Januar 1928, nachmittags von 2—4 Uhr im Emilienstift durch den Kreisarzt statt. Säuglinge und Kleinkinder bis zum schulpflichtigen Alter werden unentgeltlich untersucht und den Müttern in allen Fragen der Erziehung und Pflege ihrer Kinder die notwendigen Ratschläge erteilt werden.

Vermischtes.

* ⊕ **Das Urteil in dem Spritschieber- und Beamtenbestechungsprozeß.** Berlin, 30. Dez. **(Tel.)** In dem großen Spritschiebungsprozeß gegen den Simke u. Spahn-Spritkonzern, der seit dem 12. Oktober vor dem großen Schöffengericht verhandelt wurde, wurden heute wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges und fortgesetzter absichtlicher Hinterziehung von Branntweinmonopolabgaben sowie wegen Beamtenbestechung Robert Simke zu 1 Jahre 3 Monaten Gefängnis, einer Geldstrafe von 2 750 000 Mark und einer Wert-Ersatzstrafe von 960 000 Mark verurteilt, Leopold Simke zu 1 Jahre Gefängnis, 2 500 000 Mark Geldstrafe und 900 000 Mark Wertersatzstrafe der Geschäftsführer Hamacher wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis, 240 000 Mark Geldstrafe und 73 800 Mark Wertersatzstrafe. Wegen passiver Bestechung und Beihilfe zu den Vergehen bei den Spritschieburgen erhielten Oberzollinspektor v. Tilly 8 Monate Gefängnis, 400 000 Geldstrafe und 125 000 Mark Wertersatzstrafe, ferner 7 Zollbeamte Gefängnisstrafen von 1—8 Monaten und Geldstrafen von 30 000 bis 662 000 Mark sowie Wertersatzstrafen. Von den Nichtbeamten, zum größten Teil kaufmännischen Angestellten der Konzerne, erhielten 5 Gefängnisstrafen von 1—4 Monaten sowie Geldstrafen von 1000—214 000 Mark und Wertersatzstrafen. Den Verurteilten wurde die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 bzw. 2 Jahre aberkannt. Der „Große Spritweberprozeß" selbst wird sich nochmals im neuen Jahre in der Berufungsinstanz vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I abrollen. Er beginnt am 1. Januar.

* △ **Zwei Arbeiter von der Hochbahn überfahren und getötet.** Hamburg, 30. Dez. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich heute vormittag im Tunnel der Hamburger Hochbahn beim Hauptbahnhof. Zwei Leute, der Schlosser Siegfried Bäsche und der Leitungsarbeiter Hermann Ernst, die zwischen den Schienen beschäftigt waren, wurden von einem aus Richtung Rathaus-Markt kommenden Hochbahnzug erfaßt und überfahren. Beide Männer waren sofort tot. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

* tu **Kapitän Kircheiß in seiner Vaterstadt Harburg.** Harburg, 30. Dez. Der Weltumsegler Kapitän Kircheiß ist heute nachmittag gegen 5½ Uhr von Hamburg kommend auf seinem Schoner „Hamburg" in den hiesigen Hafen eingelaufen, wo er von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge begeistert begrüßt wurde. Die Besatzung wurde sofort von Mitgliedern der Harburger Segler-Vereinigung abgelöst und Kapitän Kircheiß und seine Mannschaft in einem Fackelzuge durch die Straßen Harburgs nach dem Schützenpark geleitet, wo heute abend der offizielle Empfang durch Behörden, Marineverein, die Segler- und Ruderklubs stattfindet.

* △ **Der Mord am hl. Abend.** Dessau, 30. Dez. Der Mörder der Witwe Strothmann in Wedlitz bei Bernburg, die am hl. Abend erschlagen wurde, ist in der Person des 22jährigen Arbeiters Willy Altleben aus Nienburg an der Saale verhaftet worden.

* △ **Sturmschäden im Saargebiet.** Saarbrücken, 30. Dez. Die Stürme der letzten Tage haben sowohl im Trierer Hochwald als auch in den Wäldern des Saargebietes schwere Schäden angerichtet. Starke Bäume wurden durch die Gewalt des Sturmes entwurzelt. Die Telegraphenleitungen wurden an vielen Stellen durch stürzende Bäume zerstört.

* # **Unfall des Schnellzuges Wien—Prag.** Brünn, 30. Dez. Der Nachtschnellzug Wien—Prag ist heute in der Nähe von Brünn mit einem rangierenden Güterzug zusammengestoßen, wobei zwei Waggons des letzteren entgleisten und die Lokomotive des Schnellzuges beschädigt wurde. Ein ge Reisende erlitten leichtere Verletzungen. Der Schnellzug hatte infolge des Unfalls eine große Verspätung.

* w **Ein Automobil unter dem Schnellzug.** Bukarest, 30. Dez. **(Tel.)** Das Automobil des Senators Nicolu aus Prahova passierte auf der Fahrt von Czernowitz nach Bukarest heute nacht den Eisenbahnübergang bei einer Station, gerade in dem Augenblick, als ein Schnellzug vorbeifuhr. Da der Bahnwärter es versäumt hatte, die Schranke zu schließen, wurde das Auto von dem Zuge erfaßt und zertrümmert. Die Frau des Senators wurde getötet, Nicolu und der Chauffeur trugen schwere Verletzungen davon.

* # **Der Küstendampfer „Sachsen" von den Polen freigegeben** Warschau, 30. Dez. Nach Meldungen aus Gdingen ist der deutsche Küstendampfer „Sachsen", der im Sommer dieses Jahres angeblich den Untergang eines polnischen Motorbootes bei Hela verursacht haben soll, jetzt nach Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 7000 Zloty von den polnischen Hafenbehörden freigegeben worden.

* w **Großer Brand im Hafen von Hoboken.** Newyork, 30 Dez **(Tel.)** Eine weithin sichtbare Feuerfront in Hoboken verwandelte zwei Straßengevierte am Ufer in ein Flammenmeer und zerstörte 2 700 m lange Piers und den am Pier liegenden Dampfer Seneca, der Childelinie und 8 Schuten. Der Sachschaden beträgt über 2,5 Millionen Dollar. Sämtliche Feuerlöschboote der gegenüber liegenden Stadt Newyork waren aufgeboten, mehrere andere Schiffe, darunter der für den Verkehr auf dem Hudson bestimmte Prachtdampfer Hendrit Hudson wurden vor dem brennenden Teer geborgen und nach der Flußmitte geschleppt. Der Bug der Hendrit Hudson hatte bereits Feuer gefangen, doch konnten die Flammen bald gelöscht werden. Das Feuer entstand, wie gemeldet wird, durch eine Gasolin-Explosion auf dem Pier der Fletcher-Drydock-Compagny und breitete sich dann mit großer Schnelligkeit auf den daneben liegenden Pier der Lackawanna-Eisenbahn aus. Der vernichtete Dampfer Seneca, der ungefähr 280 Passagiere faßte, ist bis auf die Wasserlinie heruntergebrannt. Er wird etwa mit einer Million Dollar bewertet.

w **Newyork**, 30. Dez. **(Tel.)** Der bereits gemeldete Brand im Hafengebiet von Hoboken verursachte große Aufregung und lockte Tausende von Zuschauern an. Der Verkehr auf dem Fluß, insbesondere der Fährbetrieb wurde stark beeinträchtigt. Die Feuersbrunst konnte gegen mittag nach vierstündiger Bekämpfung durch die gesamte Feuerwehr von Hoboken, die auch von den Feuerlöschbooten der Stadt Newyork und durch 12 den Eisenbahngesellschaften gehörende Feuerlöschboote unterstützt wurde, beschränken. Verletzt wurde niemand.

Wiederholung der Ausstellung „Deutscher Rhein — Deutscher Wein."

w **Berlin**, 30. Dez. Die im Vorjahre erstmalig vom Ausstellungs-Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin zusammen mit dem Reichsausschuß für Weinpropaganda, dem Verein der Weinhändler von Berlin und der Provinz Brandenburg e. V., dem Rheinischen Verkehrsverband und den Rheinischen Heimatverbänden von Berlin veranstaltete Propagandaschau wird diesmal in einem noch großzügigeren Rahmen wiederholt. Im Obergeschoß des Funthauses ist die Funkausstellung untergebracht, die unter der Leitung von Hans Baluschek in wochenlanger Arbeit verschiedener rheinischer und berlinischer Künstlerverbände zustande gekommen ist. Die Veranstaltung wurde heute abend vor einem Kreis von Ehrengästen aus der Behörden- und Pressewelt eingeleitet durch einen Empfang in der Funkhalle. Bei dem Empfang im Funthause begrüßte der Leiter der Ausstellung, Chefredakteur Carl Vetter, die Gäste im Namen der Direktion des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Berlin mit einer herzlichen Ansprache. Hierauf ergriff Stadtrat Brühl als Vertreter des Magistrats der Stadt Berlin das Wort, um die Ziele der Veranstaltung zu kennzeichnen. Der Vorsitzende des Vereins der Weinhändler von Berlin und der Provinz Brandenburg e. V. Kommerzienrat Unger, sprach über den Weinhandel, worauf Hans Baluschek, dem die Organisation der Funkausstellung oblag, sich über die von ihm verfolgten künstlerischen Ideen äußerte. Als letzter Redner charakterisierte Präsident Kaufmann nach einem eindrucksvollen Protest gegen die Fortdauer der Rheinlandbesetzung folgendermaßen das Wesen der Ausstellung: Rheinischer Wein in Kunst und Lied ist der Rahmen, in dem die Veranstaltung vor sich gehen soll, dabei wird sich Gelegenheit bieten, festlichen Zerrbildern rheinischen Wesens entgegenzutreten. Der rheinische Geist ist aufgeschlossen, gesellig, mitteilsam, leicht beschwingt aber beileibe nicht leichtsinnig, wie man es neuerdings auf den Brettern, im Film und bei sogn. „echten" rheinischen Festen dazustellen beliebt. Fröhlichsein aber auch arbeiten, — nach sauren Wochen ernster Verpflichtungen frohe Feste feiern — das ist von jeher der Rheinländer Wahlspruch gewesen. Eine solche rheinische Veranstaltung wird hoffentlich vielen etwas von der Sonne schenken, die die rheinischen Rebenhügel vergoldet.

Der deutsche Forschungsreisende Filchner aufgefunden

Kalkutta, 29. Dez. Über den seiner Zeit tot gesagten deutschen Forschungsreisenden Filchner sind endlich authentische Nachrichten eingetroffen, aus denen hervorgeht, daß er sich noch am Leben befindet. Filchner befindet sich zur Zeit mit zwei Missionaren auf dem Wege nach Kaschmir und wird in kurzer Zeit in Ludakah erwartet. Die Feststellung des Aufenthaltsortes des Forschers ist den Bemühungen der indischen Regierung zu verdanken, die auf die Meldung im Oktober dieses Jahres, nach denen Filchner und seine Reisebegleiter von Banditen an der chinesisch-tibetanischen Grenze ermordet worden sei, umfangreiche Nachforschungen einleitete. Der deutsche Konsul in Kalkutta wurde heute von der Regierung davon verständigt, daß es gelungen sei, Filchner aufzufinden.

Unwetter-Nachrichten.

Schwere Eisgefahr auf der Elbe.

w **Hamburg**, 30. Dez. Infolge gewaltiger Eisstauungen ist nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblattes" die Lage auf der Elbe besonders von der Doemitzer Elbbrücke aufwärts sehr gefährlich. Im Hafen von Lenzen sind 22 Frachtkähne und 5 Dampfer in erster Bedrängnis, da die Eisbrecher den Eismassen gegenüber machtlos sind. Man befürchtet Deichbrüche.

Schwere Hochwasserschäden in Holland

tu **Amsterdam**, 30. Dez. Die durch den Deichbruch in der holländischen Provinz Twente verursachte Überschwemmung hat an mehreren Stellen eine sehr kritische Lage geschaffen. Die Überschwemmung dehnt sich auf eine Breite von 750 Metern zu beiden Seiten des Flusses Dingel über eine Strecke von 10 Kilometern aus. Das Vieh konnte größtenteils gerettet werden. Zahlreiche Bauern haben ihre Gehöfte verlassen und in höher gelegenen Häusern Zuflucht gesucht. Das Wasser steht in vielen Häusern ¾ Meter hoch.

Verkehrsstörungen infolge Schneefalls in Ungarn.

tu **Budapest**, 30. Dez. Infolge des andauernden Schneefalles stockt der Zugverkehr auf allen Linien der Staatsbahnen. Einzelne Züge liefen in Budapest mit vier bis sechs Stunden Verspätung ein. Auch die Fernsprechleitungen wurden vielfach beschädigt. Die Schneehöhe hat in Budapest 25 Zentimeter, in Kaposvar etwa 45 Zentimeter erreicht. Das Ackerbauministerium meldet, daß durch den strengen Winter die Mäuse, die im Herbst großen Feldschaden angerichtet haben, vollkommen vernichtet wurden.

24 Fischer im Treibeis umgekommen.

 # Kowno, 30. Dez. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben amtlichen Berichten des Verkehrskommissariats zufolge am 29. Dezember im Gebiet von Murmansk Schneestürme und starker Frost eingesetzt. An der Murmansk-Küste sind 24 Fischer im Treibeis umgekommen. Nur der allernotwendigste Eisenbahnverkehr kann noch aufrecht erhalten werden. In Tamara konnte der sibirische Expreßzug wegen des Unwetters nicht weiterfahren.

Luftfahrt.

Um die „Versuchsanstalt für Luftfahrt". Stuttgart, 29. Dez. Die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin, die im Jahre 1929 ihr bisheriges Domizil in Johannisthal aufgeben muß, wird nun in kurzer Zeit erfahren ob sie in Berlin bleibt, denn die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird nach ihrem Wiederzusammentreten über eine Vorlage beschließen, die der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt ein neues Gebäude sichern soll. Ob die Stadtverordneten der Reichshauptstadt der Vorlage zustimmen, ist nicht ganz sicher. Verweigern sie die Annahme, dann kommt die Versuchsanstalt aller Wahrscheinlichkeit nach nach Stuttgart. Hier hat man die Bedeutung einer Verlegung dieses immer größer und wichtiger werdenden